

"Luxemburg erster Sitz des Schumanplanes " in Luxemburger Wort (25. Juli 1952)

Legende: Am 25. Juli 1952 beschreibt die Luxemburger Tageszeitung Luxemburger Wort die bewegte Debatte, in der sich die Sechs letztendlich für Luxemburg als vorläufigen Sitz für die Institutionen der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) entschieden haben.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 25.07.1952, n° 207; 105e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"l Luxemburg_erster_sitz_des_schumanplanes_"_in_luxemburger_wort_25_juli_1952-de-a8f56823-58f9-4481-b049-0da39347f01b.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

Luxemburg erster Sitz des Schumanplanes

Hohe Behörde und Gerichtshof nehmen vorläufig hier am 10. August ihre Tätigkeit auf / Im September soll neuer Entscheid über den Sitz der Montan-Union getroffen werden

PARIS, 26. Juli. Zum Abschluß einer anscheinend bewegten Debatte, die mit verschiedenen Unterbrechungen von gestern Morgen bis heute Nacht 3 Uhr dauerte, bestimmten die Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten die Städte L u x e m b u r g und Strasbourg als vorläufige Sitze für die Organe der westeuropäischen Montan-Union. Als Termin für den Arbeitsbeginn wurde der 10. August festgelegt. Die hohe Behörde und der Gerichtshof der Union sollen ihre Arbeit in Luxemburg aufnehmen, während die parlamentarische Versammlung in Strasbourg, dem Sitz des Europarates, zusammentreten wird. Luxemburg und Strasbourg sollen aber nur als vorübergehende Sitze gelten, und zwar bis sich die Minister in einer späteren Konferenz auf einen – wiederum nur provisorischen – Hauptsitz der Schumanplan-Organisation geeinigt haben. In dritter Etappe endlich soll dann der ständige Sitz der Montan-Union bezeichnet werden.

Hier der Text des zum Abschluß der Außenministerkonferenz der sechs Schumanplan-Staaten heute früh veröffentlichten Communiqués:

„Le traité établissant une communauté européenne du charbon et de l’acier est entré en vigueur le 25 juillet 1952 par le dépôt de tous les instruments de ratification. Une conférence des ministres signataires s’est réunie à Paris le 24 et le 25 juillet pour décider des mesures à prendre en vue de la mise en marche du traité. Elle a pris connaissance des travaux de la commission intérimaire créée par le traité et a approuvé ses recommandations, notamment en ce qui concerne le régime linguistique de la communauté, la répartition des sièges de producteurs et d’utilisateurs au comité consultatif, la mise à la disposition de la communauté d’une gérance de trésorerie, le statut des membres de la Haute Autorité et de la Cour.

„La Haute Autorité ainsi que la Cour de Justice entrèrent en fonctions le 10 août. Les noms des président, vice-présidents et membres feront l’objet d’une communication spéciale à cette date. Le choix du siège provisoire a été reporté à la prochaine conférence des ministres des Affaires étrangères des 6 Etats-membres.

„En attendant, la Haute Autorité et la Cour commenceront leurs travaux à Luxembourg. L’assemblée se tiendra à Strasbourg le 10 septembre pour sa première session. La décision concernant le siège sera prise, compte tenu du résultat des négociations qui doivent avoir lieu incessamment comme suite à la proposition française relative aux statuts futurs de la Sarre. Une proposition franco-italienne confiant à l’assemblée de la communauté du charbon et de l’acier l’étude d’un projet de politique européenne a été présentée et sera discutée par la prochaine conférence des six ministres des Affaires étrangères.“

Zu Mitgliedern der hohen Behörde wurden folgende Persönlichkeiten ernannt:

Frankreich: Jean Monnet und Léon Daum;

Bundesrepublik: Franz Etzel, Rechtsanwalt und Bundestagsmitglied, und Erich Potthoff, deutscher Chefdelegierter in der Ruhrbehörde;

Italien: Enzo Giacchero, Parlamentsabgeordneter;

Niederlande: Dirk Spierenburg;

Luxemburg: Albert Wehrer, luxemburgischer Gesandter in Paris;

Belgien: Gaston Eyskens, früheren Ministerpräsidenten.

Das neunte Mitglied wird von seinen acht Kollegen später bestimmt. Man denkt, es werde der Belgier Paul Finet sein.

Hierzu berichtet Belga aus Brüssel, Gaston Eyskens habe auf eine an ihn gerichtete diesbezügliche Frage

erklärt, er werde das Amt ablehnen, falls es ihm offiziell angetragen werden sollte.

Ferner wurde beschlossen, alle vier Landessprachen der 6 Staaten (deutsch, französisch, holländisch, italienisch) als Amtssprachen zuzulassen.

AFP weiß dann noch zu melden, zum Präsidenten des Gerichtshofes der Montan-Union sei der Italiener Pirotti ernannt worden.

Die Saarfrage, größtes Hindernis für eine Einigung

Der Entscheid über Luxemburg und Strasbourg als zunächst vorläufige Sitze wurde erst gefaßt nach einem langen Meinungs austausch, in dessen Vordergrund die Saarfrage gestanden hatte. Sie erwies sich dabei als das größte Hindernis für eine Einigung, indem sich die Haltung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber den französischen Wünschen für die Wahl der Hauptstadt der europäischen Montan-Union sich immer mehr versteifte.

Der Bundeskanzler hatte sich Informationen zufolge schon am Vormittag, als Schuman seine „Idee“ wiederholte, sowohl gegen Strasbourg als auch gegen Saarbrücken ausgesprochen und für Den Haag plädiert. Auch bei den anderen Delegationen fand Schumans Vorschlag wenig Gegenliebe. Da sich Schuman auf die präzisen Fragen des Bundeskanzlers nach der Durchführung der „Europäisierung“ und dem künftigen Status des Saarlandes nicht geäußert hatte, bestand in deutschen Konferenzkreisen der Eindruck, daß es Frankreich vor allem darauf ankomme, den Sitz der Schumanplanbehörden in seinen Kontrollbereich zu bekommen.

Der Bundeskanzler hatte die am Nachmittag wiederaufgenommene Sitzung bald mit verdrossener Miene verlassen, die Presseleute auf „später“ vertröstet u. angedeutet, daß er vielleicht später auf die Konferenz zurückkehren werde. Dort wurde inzwischen ein Kompromißplan entwickelt: Die von Schuman am Mittwoch als „bloße Idee“ vorgeschlagene Internationalisierung der „Europäisierung“ des Saargebiets als Sitz der europäischen Behörden solle vorerst in zweiseitigen deutsch-französischen Verhandlungen geklärt werden. Komme eine Einigung zustande, so würde Saarbrücken ständiger und Strasbourg provisorischer Sitz der Hohen Behörde werden; führe das Saargespräch zu keiner Einigung, so solle die ganze Frage Ende September erneut aufgerollt werden.

Auch die Beneluxstaaten, die Den Haag, Liège und Luxemburg zur Diskussion gestellt hatten, waren gegenüber dem überraschenden Vorstoß Frankreichs kühl geblieben. Sie betrachteten die Wahl Saarbrückens als einen Schlag gegen den britischen Eden-Plan, der alle europäischen Organisationen dem Strasbourger Europarat angliedern will, so daß sich Großbritannien mit ihnen „assoziieren“ kann. Aus britischen Kreisen verlautete allerdings, Großbritannien wäre auch mit Saarbrücken einverstanden, wenn nur die enge Verbindung zwischen Europarat und Montanunion gewährleistet sei.

So wurde auch die Nachmittagsitzung ergebnislos abgebrochen und die Minister beschlossen, um 22.30 Uhr zu einer nicht vorgesehenen Nachtsitzung zusammenzutreten. Man vermutet, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer mittlerweile Verbindung mit Bonn aufgenommen hatte.

In der Nachtsitzung übernahm dann der italienische Ministerpräsident De Gasperi die Rolle des Vermittlers. Er legte erneut einen bereits nachmittags eingebrachten Kompromißvorschlag vor, der nahelegte, die Entscheidung über den Sitz der Hohen Behörde bis Ende September oder Anfang Oktober zu vertagen und inzwischen Frankreich und die Bundesrepublik in zweiseitigen Verhandlungen eine Einigung über die von Schuman vorgeschlagene, aber nicht erläuterte „Europäisierung“ der Saar suchen zu lassen. Komme eine Einigung zustande, so solle gemäß Schumans Vorschlag Strasbourg vorläufiger und Saarbrücken endgültiger Sitz der Montanunion werden. Sei aber bis 15. September keine Einigung erreicht, so soll die ganze Frage von neuem aufgerollt werden.

In einer Pause erklärte De Gasperi: „Das Problem, Frankreich zu einer Zustimmung in der Saarfrage zu bewegen, ist wichtiger als die Frage der Kohle- und Stahlhauptstadt selbst. Aber Defaitismus ist nicht am

Platz, wir müssen Optimisten sein“. Er teilte ferner mit, daß der Disput um den Sitz der hohen Behörde nunmehr auch die Frage der Benennung der Mitglieder dieser Behörde zu komplizieren beginne, die nach zuverlässigen Meldungen bereits festgestanden hatte.

Bundeskanzler Dr. Adenauer beharrte jedoch auf seinem Wunsche, Den Haag oder einen anderen „neutralen Ort“ als Montanhauptstadt zu wählen. Er ging darin mit den Beneluxstaaten einig. Schließlich einigte man sich auf Turin, warf dann aber in letzter Minute diesen Beschluß zugunsten der Städte Luxemburg und Strasbourg um.

Im September aber werden die Außenminister, dem Vorschlag De Gasperis zufolge, erneut zusammentreten müssen um 1. einen neuen provisorischen Sitz und 2. einen definitiven Sitz der Montan-Union festzulegen. Der einstimmig angenommene Vorschlag De Gasperis betont jedoch ausdrücklich, daß, falls Frankreich und Deutschland sich bis zum 15. September über die Saarfrage geeinigt haben, der ursprüngliche Vorschlag Frankreichs – vorläufig Strasbourg, definitiv dann Saarbrücken – als von allen sechs Schumanplan-Staaten einstimmig angenommen zu betrachten sei.

Der definitive Sitz des Schumanplans wird, wie AFP erklärt, als Hauptstadt des künftigen Vereinten Europas angesehen werden können.